

## EU-Klimapolitik: CO2-Grenzssteuer

19. Januar 2022

***Für die Klimapolitik der EU hat ein entscheidendes Jahr begonnen. Viele Vorhaben werden in den nächsten Monaten verhandelt. Eines der wichtigsten: Der CO2-Grenzausgleichsmechanismus - ein Instrument, das Importeure aus Nicht-EU-Staaten verpflichtet wird, einen CO2-Preis zu entrichten, der dem der EU-Unternehmen entspricht.***

Ausländische Stahl-, Zement- und Stromimporteure werden zur Kasse gebeten. Auch Produzenten von Eisen, Düngemitteln oder Polymeren sollen zahlen. Das sieht der Bericht von Mohammed Chahim vor. Der Sozialdemokrat aus den Niederlanden ist Abgeordneter im Europäischen Parlament und Berichterstatter im Umweltausschuss. Als solcher obliegt ihm die Aufgabe, den umstrittenen CO2-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism CBAM) durch das Straßburger Haus zu lotsen. Dort soll er bis zum Herbst beschlossen und mit der Position des Rats der Mitgliedsstaaten harmonisiert werden, damit er verabschiedet und in nationales Recht umgesetzt werden kann. Die Rechtsform wird die einer Verordnung sein, also einer Form, die 20 Tage nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft tritt und von den Mitgliedsstaaten wortgetreu umgesetzt werden muss.

### Dossier in der Hand eines Klimaaktivisten

Chahim ist Mitglied der niederländischen Arbeiterpartei und mithin Parteifreund von Frans Timmermans, der als Vize-Präsident der EU-Kommission nicht nur den "Green Deal", also die Strategie für den Umbau in die "grüne" Wirtschaft verantwortet, sondern auch das Klimapaket "Fit for 55", zu dem das Projekt CO2-Grenzsteuer gehört, mitgestaltet hat. Der 36-jährige in Fes (Marokko) geborene und in den Niederlanden aufgewachsene Sohn von Zuwanderern versteht sich als Klimaaktivist und hat als solcher die EU bei der Klimakonferenz COP26 in Glasgow vertreten. In Brüssel ist deshalb niemand verwundert, dass sein CBAM-Berichtsentwurf den im vergangenen Sommer vorgelegten Vorschlag der Kommission an Schärfe übertrifft.

So will Chahim festschreiben, dass die Grenzsteuer früher kommen und auf eine breitere Palette von Importen angewendet werden soll. Sah die Kommission den CBAM-Start für den 1. Januar 2023 und das Ende einer Übergangsphase für 2026 vor, soll die schrittweise Einführung nach Chahims Vorstellungen bereits 2025 abgeschlossen sein. "Kostenlose Zertifikate hatten in der Vergangenheit ihre Berechtigung, aber mit der Einführung von CBAM haben wir eine alternative Maßnahme zur Vermeidung von CO2-Emissionen", erklärte der Umweltpolitiker Anfang Januar bei der Vorstellung seines Berichts. Zudem will er den Geltungsbereich weit über die von der Kommission vorgesehenen Bereiche Strom, Stahl, Aluminium und Zement auf organische Chemikalien, Wasserstoff und Polymere ausdehnen.

## EU-Klimapolitik: CO2-Grenzssteuer

19. Januar 2022

Fest steht, dass EFTA-Staaten wie die Schweiz, Island und Norwegen vom Klimazoll ebenso ausgenommen werden wie Staaten, die ähnliche CO<sub>2</sub>-Preise haben wie die EU.

Daten über importierte Waren müssen künftig kenntlich gemacht werden. Die Kennung soll nach den Kommissionsplänen bei nationalen Behörden gemeldet werden. Chahim möchte den Prozess jedoch zentralisieren und eine "CBAM-Behörde" auf EU-Ebene einrichten. Dies, so meint er, würde verhindern, dass Unternehmen das System ausnutzen, indem sie ihre Produkte über Länder mit geringen Importkontrollen in den EU-Binnenmarkt einführen.

In jedem Fall ist der bürokratische Aufwand für Unternehmen wie auch für die öffentliche Verwaltung groß. Das weiß auch die Kommission. In ihrem Vorschlag heißt es daher: "Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die Befolgungskosten für Unternehmen und Behörden zwar erheblich, aber verhältnismäßig und angesichts des ökologischen Nutzens der Maßnahme verkraftbar sein werden". Klar ist: Das Vorhaben wird ein "Bürokratiemonster".

### Teure Ambition der EU

Hintergrund von CBAM ist, dass die EU zum globalen Vorreiter beim Klimaschutz werden und die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 55 Prozent senken will. Ein teures Vorhaben, denn die Industrie muss in neue Anlagen investieren und höhere Kosten für den laufenden Betrieb einplanen. Damit wird in Europa gefertigtes Aluminium oder Aluminium-Produkte deutlich teurer als identische Produkte aus Nicht-EU-Ländern, in denen keine oder nur moderate Klimaschutzauflagen gelten. Damit Europas Hersteller dennoch wettbewerbsfähig bleiben, sollen Importe jetzt mit dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich belegt werden, wobei der Ausgleich der CO<sub>2</sub>-Kosten europäischer Produzenten entsprechen soll. Aber es geht auch um das sogenannte "Carbon Leakage", die Vermeidung der Produktionsverlagerung in Länder mit einer weniger ambitionierten Klimapolitik. Die ist Klimaaktivisten zwischen Riga und Rom ein Dorn im Auge.

### Umstrittenes Instrument

Kaum ein Projekt der EU ist so umstritten wie CBAM - und zwar intern wie extern. Bereits im Juni 2021, als Ursula von der Leyen am Rande des EU-US-Gipfels den US-Präsidenten über das Vorhaben in Kenntnis setzte, gab Joe Biden deutlich zu verstehen, dass er von diesem gar nichts hält. Auch China und Russland signalisierten deutlich, dass sie die Steuer ablehnten. Sie orten in ihr ein protektionistisches Handelshemmnis.

Aber auch EU-Regierungen sind skeptisch. Deutschland befürchtet, dass der Vorstoß seine exportorientierte Wirtschaft beeinträchtigt, schließlich müssen Produkte von Unternehmen in Deutschland auf den Exportmärkten

## EU-Klimapolitik: CO2-Grenzssteuer

19. Januar 2022

außerhalb der EU mit Erzeugnissen konkurrieren, die ohne Grenzausgleichsabgabe gefertigt wurden. Handelsexperten geben deshalb zu bedenken, dass die Verabschiedung von CBAM eine enge Zusammenarbeit mit den internationalen Handelspartnern erfordert. Zudem werden Mechanismen benötigt, die die Reduzierung von Kohlenstoffemissionen weltweit fördern, anstatt nur Länder mit hoher CO<sub>2</sub>-Last zu bestrafen. Bisher gibt es nur wenige Staaten, die ähnliche Systeme zur Kohlenstoffbepreisung, wie das von der EU entwickelte, eingeführt haben oder dies planen.

### Französische Handschrift

Wie derzeit viele EU-Projekte, so trägt auch CBAM die Handschrift der Franzosen. Chirac, Sarkozy, Hollande, Macron - alle forderten und fordern eine CO<sub>2</sub>-Steuer an den EU-Außengrenzen. "Wer schmutzig produziert, muss zahlen", argumentierte schon Nicolas Sarkozy. Und Macron erklärte im Europäischen Parlament gerade: "Die CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe - wir wollen sie seit Jahren". Jetzt gehört sie zu den Prioritäten der französischen EU-Ratspräsidentschaft und man darf davon ausgehen, dass Paris seinen ganzen Einfluss geltend macht, um zu einem schnellen Abschluss zu kommen.

Frankreich betrachtet CBAM aber auch als Teil eines neuen Konzepts, das die EU in dem sich rasch verändernden und von Spannungen geladenen geopolitischen Umfeld unabhängiger machen und stärken soll. "Wir brauchen ein Europa, das nicht abhängt von den Entscheidungen anderer Großmächte", so Macron im Straßburger Haus. Schon vor Monaten forderte sein Staatssekretär für EU-Angelegenheiten, der einflussreiche Clément Beaune, eine mächtige EU, die "ihr Schicksal nicht an externe Mächte delegiert". Dies sei im Prinzip eine ureigene französische Idee. Die Von-der-Leyen-Kommission hat sich das Konzept zu eigen gemacht, sie arbeitet an der "strategischen Autonomie".